

# UN-Kommissar für Menschenrechte: Großbritanniens Verbot von Palestine Action verstößt gegen internationales Recht

middleeasteye.net, 25.07.25

**Volker Türk nennt das Verbot der Kampagnengruppe „unverhältnismäßig und unnötig“ und fordert die Regierung auf, es aufzuheben**

Das Verbot von *Palestine Action* durch die britische Regierung verstößt nach Ansicht des UN-Menschenrechtsbeauftragten gegen das Völkerrecht.

„Es missbraucht die Schwere und die Auswirkungen des Terrorismus, wenn die Bezeichnung über diese klaren Grenzen hinaus ausgedehnt wird, um weitere Handlungen zu erfassen, die nach dem Gesetz bereits strafbar sind.“

Volker Türk

Volker Türk, der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, sagte am Freitag, dass die Entscheidung Großbritanniens, die Kampagnengruppe als terroristische Organisation zu verbieten, „unverhältnismäßig und unnötig“ sei und forderte die Aufhebung der Einstufung.

Er sagte: „Die britische Gesetzgebung zur Terrorismusbekämpfung definiert terroristische Handlungen im weitesten Sinne als ‚schwere Sachbeschädigung‘.

„Nach internationalen Standards sollten sich terroristische Handlungen jedoch auf kriminelle Handlungen beschränken, die darauf abzielen, Tod oder schwere Verletzungen zu verursachen oder Geiseln zu nehmen, um eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung zu zwingen, eine bestimmte Maßnahme zu ergreifen oder nicht.

„Es missbraucht die Schwere und die Auswirkungen des Terrorismus, wenn die Bezeichnung über diese klaren Grenzen hinaus ausgedehnt wird, um weitere Handlungen zu erfassen, die nach dem Gesetz bereits strafbar sind.“

Die britische Regierung hat *Palestine Action* am 4. Juli auf der Grundlage der Anti-Terror-Gesetze verboten, nachdem Mitglieder in die RAF Brize Norton eingebrochen waren und zwei Flugzeuge besprüht hatten, die nach ihren Angaben „für Militäroperationen im Gazastreifen und im gesamten Nahen Osten verwendet werden“.

Die neue Gesetzgebung macht die Mitgliedschaft in und die Unterstützung von *Palestine Action* zu einer Straftat, die mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

### **Unglaubliche Verhaftung**

UN-Experten, Menschenrechtsgruppen und führende Persönlichkeiten haben das Verbot als drakonisch verurteilt und davor gewarnt, dass es negative Folgen für die Meinungsfreiheit und Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit haben wird.

„Die Entscheidung erscheint unverhältnismäßig und unnötig“, sagte Turk.

„Sie schränkt die Rechte vieler Menschen ein, die mit *Palestine Action* zu tun haben, diese unterstützen, die selbst nicht an einer zugrunde liegenden kriminellen Aktivität beteiligt waren, sondern vielmehr ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigung wahrgenommen haben.“

Er fügte hinzu, dass eine solche „unzulässige Einschränkung“ dieser Rechte „im Widerspruch zu den Verpflichtungen Großbritanniens nach den internationalen Menschenrechtsgesetzen“ stehe.

„Die Entscheidung setzt außerdem geschützte Meinungsäußerungen und andere Verhaltensweisen mit terroristischen Handlungen gleich und könnte daher leicht zu einer weiteren Abschreckung der rechtmäßigen Ausübung dieser Rechte durch viele Menschen führen“, fügte er hinzu. Seit Inkrafttreten des Verbots wurden mindestens 200 Personen auf der Grundlage des Terrorismus Act 2000 verhaftet. Die meisten Verhaftungen geschahen während friedlicher Proteste.

Am Samstag wurden in London mindestens 55 Personen bei einer Kundgebung gegen das Verbot von *Palestine Action* vor dem britischen Parlament verhaftet. Sie hielten Plakate mit der Aufschrift „Ich bin gegen Völkermord. Ich unterstütze *Palestine Action*“, bevor die Polizei begann, die Teilnehmer in Lieferwagen zu verfrachten. Ähnliche Proteste fanden in Leeds, Edinburgh, Cornwall und anderen Teilen des Landes statt und führten ebenfalls zu Verhaftungen.

Beim Protest in Leeds wurde ein Mann verhaftet und sechs Stunden lang festgehalten, weil er eine Karikatur des Satiremagazins *Private Eye* hochhielt, die sich gegen das Verbot von *Palestine Action* richtete. Ian Hislop, Herausgeber von *Private Eye*, bezeichnete die Verhaftung als „irrsinnig“.

„Ich fordere die britische Regierung auf, ihre Entscheidung, *Palestine Action* zu verbieten, rückgängig zu machen und Ermittlungen und weitere Verfahren gegen Demonstranten, die auf der Grundlage dieses Verbots verhaftet wurden, einzustellen“, sagte Turk. „Ich fordere

die britische Regierung außerdem auf, ihre Anti-Terror-Gesetzgebung zu überprüfen und zu überarbeiten, einschließlich ihrer Definition von terroristischen Handlungen, um sie vollständig mit internationalen Menschenrechtsnormen und -standards in Einklang zu bringen.“

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/uk-ban-palestine-action-odds-international-law-says-un-rights-chief>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de